



KANTONSRATSPROTOKOLL

ENTWURF

Sitzung vom 19. Juni 2018
Kantonsratspräsidentin Vroni Thalmann-Bieri

A 509 Anfrage Zemp Baumgartner Yvonne und Mit. über die verweigerte Fusion «Akzent Prävention und Suchttherapie» und SoBZ / Gesundheits- und Sozialdepartement

Yvonne Zemp Baumgartner ist mit der Antwort des Regierungsrates nicht zufrieden und verlangt Diskussion.

Yvonne Zemp Baumgartner: Aus Sicht der Regierung und der Verwaltung gibt es an den vorliegenden Antworten wenig auszusetzen. So wird festgestellt, dass es Optimierungsbedarf gibt und zwei Arbeitsgruppen gebildet werden; damit ist aus Sicht der Verwaltung das Problem lösbar. Aus Sicht der Ratsuchenden und ihrer Angehörigen bleibt die Situation aber unbefriedigend. Dabei wäre die Ausgangslage komfortabel gewesen. Seit wir Diskussionen rund um das Budget führen, hat die Regierung immer wieder betont, wie sie durch Zusammenlegungen und engere Zusammenarbeit Kosten sparen will. Nun machen die beiden Organisationen „Akzent Prävention und Suchttherapie“ und das SoBZ einen Vorschlag zur Zusammenarbeit, weil sie die Notwendigkeit, den Nutzen und die Vorteile für ihre Klienten und die Ratsuchenden darin sehen. Die Regierung will diese Zusammenarbeit aber nicht, obwohl sie bei der Ausarbeitung sogar eingebunden war. Aufgrund der Antwort des Regierungsrates stellt sich uns die Frage, wo der Hund begraben liegt. Die Ausführungen mit den zwei Gremien, die sich regelmässig austauschen sollen, zeugen eher von mehr Bürokratie als von einem effizienten und effektiven Dienstleistungsangebot. Aus Sicht der Klienten und ihrer Angehörigen bleibt es weiterhin unklar, an welche Stelle sie sich wenden sollen. Vor allem wenn es zu Veränderungen im Suchtverhalten kommt, müssen die Klienten die Beratungsstelle wechseln. Oft zeigen Menschen mit Suchtpotenzial sowohl bei den illegalen wie auch den legalen Süchten Probleme. Wie paradox die aktuelle Situation ist, zeigt die teilweise Legalisierung des Cannabiskonsums. Welche Ängste hat die Regierung oder der Kanton vor einer grösseren und stärkeren Institution? Oder geht es um unterschiedliche Finanzierungsquellen? Wir sehen in der Verweigerung der Fusion eine verpasste Chance, einen effektiven und effizienten Betrieb im Bereich Suchtberatung und -betreuung aufzubauen, und dies obwohl die beteiligten Institutionen von sich aus eine Fusion angestossen haben. Die Bevölkerung wäre besser und schneller beraten, und die Triage hätte besser vorgenommen werden können. Die Früherkennung und die Frühintervention wären ebenfalls gestärkt worden. Dadurch hätten teure Folgekosten vermieden oder zumindest vermindert werden können. Die SP bedauert diese verpasste Chance sehr.

Claudia Huser Barmettler: Für die GLP-Fraktion ist es nicht nachvollziehbar, warum der Regierungsrat sich gegen die Fusion ausspricht. Die genannten Gründe, dass „Akzent Prävention und Suchttherapie“ im Gegensatz zum SoBZ auch in der Beratung bei illegalen Drogen tätig ist und die unterschiedlichen Altersklassen, können ja kaum ausschlaggebend gewesen sein. Für die GLP handelt es sich um eine verpasste Chance, weil es darum geht –

ähnlich wie bei der Schaffung eines Sozialversicherungszentrums –, dass sich spezialisierte Kräfte zusammenschliessen wollen. Die beiden Organisationen wollen vermehrt zusammenarbeiten und sich öffnen, um ein noch besseres Angebot bieten zu können. Ich würde gerne wissen, warum Sie die Machbarkeitsstudie weder politisch noch organisatorisch überzeugt hat. Die Fusion hätte ja sogar einen Spareffekt, und zwar in etwa den gleichen wie er mit der Schaffung eines Sozialversicherungszentrums erzielt werden kann. Eine Zusammenarbeit würde sowohl für die Betroffenen wie die Angehörigen inhaltlich Sinn machen. Gemäss meinen Recherchen ist die aktuelle Situation nicht zufriedenstellend. An wen wenden sich Angehörige, die sich bezüglich Cannabiskonsum beraten lassen wollen – an die Lups? Bei der Lups dauert es einige Monate, bis es zu einer Beratung kommt, denn die Lups hat schwerwiegendere Probleme zu bewältigen und muss diese vorziehen. Es herrscht also eine Unzufriedenheit, der man mit der Fusion hätte begegnen können. Es handelt sich hier um zwei von den Sparprogrammen stark betroffene Organisationen, die sich dieser schwierigen Ausgangslage gestellt und sich überlegt haben, wie sie ihr am besten begegnen können.

Ferdinand Zehnder: Die CVP-Fraktion versteht die Antworten der Regierung und kann ein gewisses Verständnis dafür aufbringen. Die beiden Organisationen sind sowohl von der Grösse als auch von der Organisationsform her verschieden. Das Gesamtanliegen vertreten sie jedoch mit der mehr oder weniger gleichen Kundschaft. Der Regierungsrat hat erkannt, dass sich das Suchtverhalten und die verschiedenen Süchte mehr und mehr vermischen. So erstaunt es uns, dass nicht vertiefter auf den Bericht von Interface eingegangen worden ist. Grundsätzlich fehlt es uns an der Vision oder der Projektion, wie zukünftig die Probleme angegangen werden. Selbstverständlich muss zwischen illegaler und legaler Sucht und dem Suchtverhalten unterschieden werden wie auch zwischen Prävention und Behandlung. Uns scheint es aber wichtig, dass sich der Regierungsrat in Zukunft etwas mehr für ein koordiniertes Vorgehen einsetzen sollte. Grundsätzlich ist es zu befürworten, dass sich Organisationen für die Zukunft fit machen und einen Verbund angehen wollen und können. Solche Verbunde entsprechen auch dem Auftrag der Regierung: dort zusammenfassen, zusammenlegen oder fusionieren, wo es sinnvoll ist. In diesem Sinn vermissen wir die wohlwollende Kritik der Regierung.

Armin Hartmann: Aufgrund des Titels müssen wir davon ausgehen, dass ein grundsätzliches Missverständnis vorliegt, denn die Kompetenz für eine Zusammenlegung liegt bei den Organisationen selber. Die Regierung hätte eine Zusammenlegung gar nicht verweigern können. Die Organisationen werden ihre Gründe gehabt haben, warum es zu keiner Fusion gekommen ist. Aus diesem Grund ist die Antwort korrekt und nachvollziehbar. Nicht mit jeder Fusion kann Geld gespart werden. Die Regierung musste von sich aus eine Beurteilung vornehmen, und das hat sie getan. Es liegt in der Natur der Sache, dass die Beurteilung der Regierung und die Beurteilung der Gemeinden beziehungsweise der Organisationen nicht immer in die gleiche Richtung zielen. Die Regierung kann selber entscheiden, mit wem sie Leistungsvereinbarungen abschliessen will, es besteht kein Anspruch auf eine Leistungsvereinbarung. Der Suchtbereich ist dynamisch, in einem schrumpfenden Markt muss man sich bewegen. Das hat man in diesem Fall probiert, man ist sich aber nicht einig geworden. Die SVP wünscht sich, dass die Beteiligten sich weiterhin untereinander austauschen und ein gutes Ergebnis erzielen. Auch wenn die Fusion in diesem Fall nicht geklappt hat, ergibt sich vielleicht demnächst wieder eine Möglichkeit, die in die gleiche Richtung zielt. Die SVP ist gespannt auf das Ergebnis.

Jörg Meyer: Anlässlich der laufenden Session haben wir bereits über verschiedene Geschäfte befunden, bei denen es um Strukturoptimierungen in verschiedenen Bereichen gegangen ist. Hier handelt es sich um die gleiche Situation, aber mit dem Unterschied, dass sich die beiden Organisationen aus eigenem Antrieb für eine Zusammenlegung stark gemacht haben. Diese Offenheit finde ich bemerkenswert. Ich verwehre mich gegen die Aussagen, wonach die beiden Organisationen eine Fusion rein rechtlich selber hätten vornehmen können. Das stimmt zwar, aber die beiden Organisationen wären Gefahr gelaufen, vom Kanton keine Aufträge mehr zu erhalten. Der Kanton hat in diesem Fall ein

politisches und kein rechtliches Machtwort gesprochen. Die Betroffenheit bei den beiden Organisationen zeigt sich auch darin, dass mehrere Mitarbeitende die Diskussion heute im Rat verfolgen. Die Regierung gesteht selber ein, dass es finanzielle Synergien gegeben hätte; umso erstaunlicher ist es, dass diese Tatsache nicht zu interessieren scheint. Meiner Meinung nach spielt es keine Rolle, ob die Kosten in der Kantonsrechnung oder innerhalb dieser Organisationen anfallen. Letztlich sind Leistungen für das Gemeinwesen und das Gemeinwohl im Kanton effizienter zu erbringen. Wie aus der Antwort des Regierungsrates klar ersichtlich wird, ist es notwendig, dass Angebote gebündelt werden. Ein gemeinsames Angebot ist nicht nur für Betroffene wichtig, sondern gerade auch für deren Angehörige, die heute zum Teil von einer Organisation zur anderen verwiesen werden. Es ist ein Gebot der Zeit, Behandlungs- und Versorgungsketten in der Gesundheits- und Suchtberatung zu organisieren. In diesem Sinn hoffe ich, dass in dieser Angelegenheit noch nicht das letzte Wort gesprochen ist. Meiner Meinung nach sind die beiden Organisationen weiterhin für eine vertiefte Zusammenarbeit oder eine Fusion zu haben. Ich würde mich sehr darüber freuen, wenn die Regierung einen Schritt in diese Richtung machen und weitere Gespräche führen würde. Vielleicht klappt es ja beim zweiten Anlauf.

Christina Reusser: Beim Lesen der vorliegenden Antworten hatte ich Schwierigkeiten, meine eigenen Einschätzungen und Wahrnehmungen der Situation in Übereinstimmung zu bringen. So bin ich entgegen der Meinung des Regierungsrates überzeugt, dass das angesprochene Alterssegment der beiden Organisationen das gleiche ist. In der Antwort wird auch mehrmals auf die gut funktionierende Versorgungskette und die breite Angebotspalette hingewiesen. Bei der Lups, welche sich mit illegalen Süchten beschäftigt, bestehen sehr lange Wartezeiten. Somit besteht ein klarer, ausgewiesener Handlungsbedarf. Zudem stellt sich für mich die Frage, wie sinnvoll eine Trennung der Beratung bei legalen und illegalen Suchtmitteln aus fachlicher Sicht ist. Nicht zuletzt denke ich, dass gerade durch den Zusammenschluss zeitintensive Vereinbarungen, Abklärungen und Sitzungen, welche Absprachen beinhalten, deutlich hätten minimiert werden können. Für die Grüne Fraktion sind nach wie vor viele Fragen offen, die Antworten dazu fehlen.

Für den Regierungsrat spricht Gesundheits- und Sozialdirektor Guido Graf.

Guido Graf: Wir sind sehr offen gegenüber Zusammenlegungen, das haben wir in letzter Zeit genug bewiesen. Trotzdem kann ich mich dem Votum von Armin Hartmann anschliessen. Wie der Antwort zu Frage 1 entnommen werden kann, ist für eine Fusionierung keine Zustimmung durch die Regierung oder die Verwaltung notwendig. Hat eine Organisation aber einen Auftrag erhalten, kann sie diesen nicht einfach weitergeben. In der Vergangenheit haben sowohl mein Departement wie auch die Lups enorm viel Zeit für „Akzent Prävention und Suchttherapie“ aufgewendet. Wir stehen dort vor einer Herausforderung beim C-Bereich, der rückläufig ist. An mehreren Sitzungen habe ich die Lups motiviert, Patientinnen und Patienten abzugeben. Ich habe auch ein persönliches Gespräch mit einer Delegation aus dem Vorstand geführt. Der Vorstand ist über die Ausgangslage, die Wünsche und die Zielsetzung orientiert. Das ist Sache von „Akzent“. Wir werden „Akzent“ auch in Zukunft unterstützen. Jetzt ist aber „Akzent“ selber gefordert, was dem Vorstand auch bewusst ist. Diese Basis muss wieder vorhanden sein.

Erwin Arnold: Ich äussere mich aus Sicht des SoBZ Luzern. Aufgrund der Sparmassnahmen waren wir in den letzten Jahren gefordert; man hat uns die Beiträge über alle SoBZ im Kanton Luzern gerechnet um eine halbe Million Franken gekürzt. Zwei Drittel dieser Kürzungen betrafen allein das SoBZ Luzern. Wir haben uns bewegt und wollen uns auch weiterbewegen. Wir finden es schade, wenn in der vorliegenden Antwort des Regierungsrates von einem geringen Einsparungspotenzial die Rede ist. Wir haben bereits einiges an Einsparungen geleistet, damit es das SoBZ auch heute noch in dieser Art und Weise gibt. Wir waren aber über das Vorgehen etwas irritiert. Unser Motto lautete: „SoBZ und Akzent bewegen sich, bevor sie bewegt werden“. In diesem Sinn haben wir die Initiative ergriffen und das Projekt dem Gesundheits- und Sozialdepartement und der Dienststelle vorgestellt. Im August 2017 haben wir eine Antwort erhalten, die man uns schon im Januar 2017 hätte geben können. Das SoBZ und Akzent hätten nicht je 20 000 Franken

investiert und enorme personelle Ressourcen gebunden. Die Machbarkeitsstudie kam nicht aus heiterem Himmel, sondern wir haben 2015 zusammen mit dem Fachverband Sucht ein Strategiepapier entwickelt. Der Fachverband Sucht hat genau diese Richtung aufgezeigt, und auch Interface ist zum gleichen Ergebnis gekommen. Der Plan war zwar noch nicht ausgegoren, und es wäre noch einige Arbeit auf uns zugekommen, aber diese Arbeit hätte man aufnehmen müssen. Wir konnten zwar verstehen, dass der Kanton aufgrund der engen finanziellen Situation keinen Beitrag geleistet hat, aber dass er von vornherein jegliche Mitarbeit ausschloss, stiess bei uns auf kein Verständnis, und wir bedauern das sehr.